

Nachrichten  
Buchdruckerei  
In Döbeln  
an der Elbe  
bei Dr. L. Kroll & Co.  
Kreuzstraße 14;  
in Sachsen  
bei Herrn Ch. Spindler,  
Kurtz & Friedrich, Ende 4;  
in Berlin bei Herrn G. Strehmel  
in Frankfurt a. M.  
G. F. Henke & Co.

# Posener Zeitung.

Siebenundsechzigster Jahrgang.

Jg. 734.

Das Abonnement auf dieses täglich drei Mal erscheinende Blatt beträgt zweitjährlig für die Stadt Weimar 12 Rth., für ganz Thüringen 2 Rth., das Großherzogtum Sachsen-Altenburg alle Postanstalten des königlichen Reiches zu

Dienstag, 20. Oktober  
(Erscheint täglich drei Mal.)

1874.

## Amtliches.

Berlin, 19. Oktober. Der König hat genehmigt, daß der Reg.-Präsid. von Kampf zu Gotha in gleicher Eigenschaft an die Regierung in Erfurt versetzt werde; ferner den bish. Privatdocenten an der Universität zu Breslau, Dr. med. Wilhelm Ehrlein zum ord. Prof. in der mediz. Fakultät der Universität zu Göttingen ernannt.

Dem Progymnasiallehrer Dr. Hubert Christian Lummerzheim zu St. Wendel ist das Prädikat „Oberlehrer“ beigelegt, der Seminarlehrer Dabir zum ersten Lehrer bei dem Schulrechts-Seminar in Osnabrück befördert und der Seminarlehrer Pfeife in Petershagen an das Schulrechts-Seminar in Osnabrück versetzt, der Ger.-Assessor Karl Ferdinand Billnow aus Breslau zum Prokurator im Bez. des Lipp.-Ger. in Frankfurt a. M. unter Anweisung seines Wohnsitzes dagegen ernannt, der Kreis-Thierarzt Möltzer zu Preys, im Kreise Bözen, auf seinen Antrag aus dem Staatsdienste entlassen worden.

## Telegraphische Nachrichten.

Breslau, 19. Oktober. Die Versammlung der schlesischen Katholiken ist gestern Abend hier eröffnet worden. Der Dom-Festagsprediger Dr. Spell bewilligte die Teilnehmer in einer Ansprache und wurde darauf auf Antrag des Grafen Ballerstrem beschlossen, ein Glückwunschtelegramm an den Kronprinzen zu dessen Geburtstage abzusenden.

Baden-Baden, 19. Oktober. Der Kaiser ist heute Nachmittag um 5 Uhr mittels Extrazuges von hier abgereist. In Darmstadt wird Se. Majestät einen halbstündigen Aufenthalt nehmen und die Ankunft in Berlin deshalb morgen anstatt um 8 erst um 12 Uhr erfolgen. Der Großherzog und die Großherzogin von Baden begleiten den Kaiser bis Karlsruhe. Am Bahnhofe waren der Prinz Alexander von Preußen, der Fürst von Hessenberg, die Herzogin von Hamilton, die Fürstin von Monaco und der preußische Gesandte Graf von Flemming anwesend. Von der zahlreich versammelten Volksmenge wurde Se. Majestät mit den enthusiastischsten Burußen begrüßt.

Wien, 19. Oktober. Zum Reichstagsabgeordneten für die innere Stadt Wien wurde heute in engerer Wahl v. Seutter mit 1183 Stimmen gewählt; der andere Kandidat, Ritter v. Pollak, erhielt 1167 Stimmen.

Rom, 19. Oktober. Sella hat bei einem in Bioggio stattgehabten Banket eine Rede gehalten und erklärt, daß er das Ministerium unterstützen werde, weil er das Gleichgewicht im Budget für den Staatshaushalt herbeiführen wisse. Zugleich betonte derselbe die Notwendigkeit, daß eine starke Majorität von einfallsvollen Deputierten der projektierten Steuerreform ihre Zustimmung ertheile und daß die öffentliche Sicherheit in einigen Provinzen durch Ausnahmeklausen weitere Garantien erhalten.

London, 19. Oktober. Dem Vernehmen der „Times“ zufolge wird die rumänische Regierung den Handelsvertrag mit Österreich abschließen, ohne vorher die Zustimmung der Postorie einzuholen.

Athen, 18. Oktober. Der Finanzminister Papamichailopoulos hat seine Demission eingereicht, die vom Könige angenommen ist. Die Deputirtenkammer wird morgen die Wahlprüfungen beginnen.

New York, 18. Oktober. Den holländischen Schiffen ist der Betrieb des Küstenhandels an der Küste von Kanada gestattet worden. In Jackson im Staate Louisiana haben am letzten Sonnabend aus Veranlassung der Wahlen zum Kongresse Unruhen stattgefunden. Einer der aufgestellten Kandidaten und vier Neger wurden getötet. Die Negerbevölkerung bewaffnete sich und schickte Patrouillen durch die Stadt. Die Behörden haben Truppen zur Unterhaltung erbeten. Nach hier eingegangenen Meldungen aus Guatemala hat dort ein Erdbeben stattgefunden, wobei 200 Menschen umgekommen sind.

San Francisco, 18. Oktober. Nach hier verbreiteten Gerüchten hat das deutsche Kriegsschiff „Arcona“ einen Hafen der Samoa-Inseln angelassen und von der dortigen Regierung die Entrichtung einer zuvor vereinbarten Summe verlangt, welche für die Entschädigung dort angestellter deutscher Staatsangehöriger stipuliert war. Im Falle der Zahlungsverweigerung wäre, wie verlautet, Anwendung von Gewaltmaßregeln in Aussicht gestellt worden.

## Brief- und Zeitungsberichte.

Berlin, 19. Oktober. [Wittwenpensionen.] Die Nachricht von der Aufhebung der Wittwenkassen-Beiträge der königlichen Beamten tritt in immer größerer Bestimmtheit auf und soll ein darauf bezüglicher Gesetz-Entwurf für den demnächst zusammenretenden Landtag in gewisser Aussicht stehen. Nach den darüber in die Öffentlichkeit gedrungenen Nachrichten sollen die Wittwen als Pension den Theil des Gehaltes des verstorbenen Ehemannes erhalten, ohne daß der Letztere bei seinen Lebzeiten gehalten ist, dafür fortlaufende Wittwenkassen-Beiträge zu zahlen. Rückerstattungen bereits gezahlter Beiträge finden nicht statt, dagegen soll es jedem Beamten unbenommen sein, die bisherigen Zahlungen fortzusetzen, wodurch seiner Ehefrau das Recht erhalten bleibt, nach seinem Tode die versicherte Pension neben der ex officio gezahlten königlichen Pension fortzubezahlen. Neue Wittwenversicherungen sollen jedoch nach dem Inslebenretten des oben angekündigten Gesetzes nicht mehr zulässig sein.

BAC. [Der Charakter des Religionsunterrichts in den Volksschulen.] Das Obertribunal hat vor Kurzem eine wichtige Entscheidung über den Charakter des Religionsunterrichts in den Volksschulen getroffen. Die Sache konnte an sich keinen Augenblick zweifelhaft sein. Bei dem gegenwärtigen Zustande ist es außer Frage, daß der Religionsunterricht nicht zu den Attributen irgend

welchen geistlichen Amtes gehört, weil die Grundsätze des Verfassungsgesetzes 24 noch gar nicht in Kraft getreten sind, sondern ihrer Ausführung durch ein Gesetz, als welches zunächst das im Artikel 26 der Verfassungsurkunde verheissene Unterrichtsgesetz zu gelten hat, erst entgegenharren. Indessen kann auch die Meinung des Gesetzesgebers beim Erlass der Verfassungsurkunde in seinem Falle die gewesen sein, daß ein Theil des Unterrichts in der Volksschule der Kirche als eine ihr zugehörige Privatwirksamkeit zugewiesen werden soll.

Schon zu bestimmen, was Art 24 der Verfassungsurkunde unter der „Leitung des religiösen Unterrichts durch die betreffenden Religionsgesellschaften“ versteht, ist ein Gesetz notwendig, welches genau zu definiren hat, wie weit diese „Leitung“ geht. Sowit ein Religionsdiener nach dem gegenwärtigen Inhalt der Verfassungsurkunde die Ertheilung des Religionsunterrichts in der Volksschule für sich in Anspruch nehmen kann, sind seine Funktionen unzweifelhaft geschützt durch den Schutz des Staatsamtes und dem entsprechend ist er auch den Pflichten des Staatsamtes unterworfen; d. h. der Charakter des Staatsamtes steht auch für die Ertheilung des Religionsunterrichts in der Volksschule fest. Dennoch läßt es sich nicht leugnen, daß die Bestimmung des Art. 24 der Verfassungsurkunde Verwirrung hervorrufen kann, und es zeigt sich bei der Entscheidung des Obertribunals und der Auslegung, welche dadurch dem Art. 24 der Verfassungsurkunde geworden ist, wie wichtig es ist, endlich einmal auf Grund der Verfassung ein allgemeines Unterrichtsgesetz zu entwerfen und dabei durch eine volle Diskussion die Tragweite des betreffenden Verfassungsgesetzes außer Frage zu stellen.

Erst bei dieser Gelegenheit wird sich herausstellen können, ob in der That in diesem Verfassungsgesetz solche Vorschriften enthalten sind, welche mit einer staatlichen Ordnung des Schulwesens gar nicht verträglich sind, wie dies behauptet worden ist. Wir sind dieser Ansicht nicht; indessen eine objektive Prüfung steht frei und es wird Aufgabe des Gesetzesgebers sein, die Verfassung in Einlang zu setzen mit den unumgänglichen Voraussetzungen der öffentlichen Volksschule. — Den in auswärtigen Blättern aufzutretenden Vorschlag, daß, um für die Verhüllungen des Reichstages, falls dieselben sich bis in das neue Jahr hineinziehen sollten, Raum zu schaffen, das Zusammentreten des preußischen Landtages zu seiner ordentlichen Session, welches verfassungsmäßig (Art. 76) „bis zur Mitte des Januar“ erfolgt sein muß, durch eine auf Grund des Art. 63 zu erlassende Kündigung über den 15. Januar hinauszuschieben sei, können wir kurz abfertigen. Diejenigen, welche derartige Maßnahmen ertheilen, scheinen nicht zu wissen, daß nur Verordnungen, die „der Verfassung nicht widersprechen“ auf Grund des Art. 63 mit Gesetzeskraft erlassen werden können. Es genügt ein Hinweis auf diese Bestimmung, um derartige von gänzlich unberufener Seite auf's Tapet gebrachte Projekte ad absurdum zu führen.

— Die neueste Kundgebung der „N. A. Z.“ in Sachsen Arnims, welche bereits telegraphisch signalisiert wurde, lautet wie folgt:

Die journalistische Bewegung über die Untersuchung gegen den Grafen Arnim hat auch das Gerücht zu Tage gefördert, daß Differenzen zwischen dem Reichskanzler und dem Staatssekretär von Bülow bestanden. Manche Staatsmänner, die vor 1866 offen antipreußisch waren, werden als Verbreiter dieser Nachricht bezeichnet, deren Ursprung in den Kreisen der Reichspolitik, heils der Person des Reichskanzlers feindlichen höheren Kreisen der Gesellschaft zu suchen ist. Die Erfindung entbehrt jedes thatfächlichen Anhalts: das völlige Einvernehmen zwischen dem Reichskanzler und dem Staatssekretär ist keinen Augenblick vermindert gewesen. Ihre Entstehung und ihr Zweck sind leicht erkennbar. Beamte, welche das strenge Festhalten der Gesetzmäßigkeit und der Disziplin in Verlegenheit bringen könnten, suchen im Publikum die Meinung zu verbreiten, der Reichskanzler sei so zänkisch und gälig, daß mit ihm nicht zu leben sei.

Bei der letzten am Donnerstag stattgehabten Haussuchung in dem Palais der Gräfin Arnim sind der „Magd. Btg.“ aufgefordert selbst Schränke und Cylinderbüros beschlagnahmt worden, weil angenommen wurde, die bezeichneten Möbelstücke könnten zur Aufbewahrung von Schriftstücken geheime Kästen und Schubfächer haben. — Die

„N. Fr. Pr.“ brachte vor Kurzem eine berlinsche Korrespondenz über die Angelegenheit des Grafen Arnim, in welcher neben mehrfachen Verdächtigungen des Fürsten Hohenlohe-Schillingsfürst die Vermuthung ausgesprochen war, daß erst in Folge der Anzeige des Fürsten über das Fehlen verschiedener Aktenstücke in der pariser Botschaft der bereits zum Botschafter in Konstantinopel ernannte Graf Arnim „öffentlich ganz fallen gelassen“ worden sei. Mit Bezug hierauf geht dem genannten Blatte folgendes Schreiben zu:

Eine Original-Korrespondenz der „Neuen Freien Presse“ vom 13. d. M. veranlaßt mich zu nachstehender Bemerkung. Graf Arnim war bereits zur Disposition gestellt, als ich meinen Posten in Paris antrat. Die Behauptung, daß die Anzeige über Unvollständigkeit des Botschaftsarchivs mit dem Austritt des Grafen Arnim aus dem alten Dienst in Kauf-Zusammenhang siehe, ist sonach irrig. Im Übrigen unterlasse ich es, auf die gegen mich gerichteten Verdächtigungen zu antworten, und begnüge mich, daran zu erinnern, daß es Pflicht jedes Beamten ist, bei seinem Amtsantritte die Registratur, für welche ihm in Zukunft die Verantwortung obliegt, zu prüfen und von Anordnungen, die sich vorfinden, Anzeige zu machen.

Aussee, 14. Oktober 1874.

Chlodwig F. Hohenlohe.

Die „Kreuz-Btg.“ berichtet Folgendes:

Graf Harry Arnim bewohnt, wie schon erwähnt, in der Charité zwei Zimmer, deren eins ein Edzimmer ist. Sie gehören zu der Wohnung eines früheren Haushauptmanns, des Rechnungsbeamten Tiede, und liegen nicht auf der Station, wo sonst die fränkischen Stadtvoigts-Gefangen untergebracht werden; deshalb war auch die Einrichtung eines besonderen Bewachungsbüroes notwendig. Auf dem Korridor befinden sich zwei Kriminal-Polizeibeamte in Zivil und vor der Tür ein Gefangenwärter in Uniform; unter dem Fenster des Edzimmers steht ein Schußmann. Die Selbstbefestigung aus der Grafschaft Arnimischen Rüche ist dem Verhafteten nach wie vor gestattet; auch darf er

Zeitung 3 Tage, die nachgeprüfte Zeile über jeden Roman, Balladen, Verhältnisse und Geschichten habe, und an die Expedition je zehn und zwölf für den sozialen Weges Werbung zu schicken. Die Kosten für die Reise und die Reisezeit sind auf Kosten des Herausgebers zu verrechnen.

Hannover: C. H. Beck.

In Berlin, Hamburg,

Wien, München, Ol. Fischer

Hannover: C. H. Beck.

in Berlin, Dresden,

Frankfurt a. M., Leipzig, Hamburg

Wien u. Salzburg

Hannover: C. H. Beck.

in Berlin:

J. Petermeier, Schleswig;

in Dresden: Emil Schleih.

Zeitung lesen, so viel er will; im Übrigen ist jede Kommunikation mit ihm unterfragt; die Erläuterungen der Familie nach seinem Befinden erfolgen bei dem Verwaltungsdirektor der Charité, Spinola. In dessen Begleitung oder unter der Aufsicht eines Polizeibeamten in Zivil macht der Verhaftete auch seine Spaziergänge im Garten. — Gegenüber den geheimnisvollen Andeutungen von offiziöser Seite, daß es sich bei dem Verfahren gegen den Grafen Arnim noch um „andere Dinge“ handele, als um die bewußten Altenstücke, wird neuerdings in diplomatischen Kreisen mit Bestimmtheit behauptet, daß lediglich jene im Botschaftsarchiv fehlenden Altenstücke den Gegenstand der Untersuchung bilden.

Die „N. Stett. Btg.“ berichtet ihre neuliche Mitteilung über den Ankauf des Gutes Voock seitens des Grafen Arnim dahin, daß es sich nur darum gehandelt hat, den bisherigen Pächter des schon dem Grafen gehörigen Gutes Voock mit einer größeren Summe abzufinden, so daß der Graf als Eigentümer von Voock unbeschränkte Verfügung über die Bewirtschaftung des Gutes erhalten hat.

Die „Strab. Btg.“ bestätigt jetzt, daß der Reichskanzler dem Kaiser-Vorschläge zu unterbreiten beabsichtigt, nach welchen in Zukunft Entwürfe von Gesetzen für Elsaß-Lothringen, einschließlich des Landeshaus- und Landtags, einem aus Mitgliedern der Bevölkerung zu bildenden Landesausschuß zur gutachtl. Beratung vorgelegt werden sollen. Auch über Verwaltungsmethoden von allgemeiner Bedeutung würde diese Versammlung sich gutachtl. zu äußern haben.

Professor Gneist ist am 17. Oktober mit dem Abendzuge in Agram angelangt, wo er bei der Eröffnung der neuen Universität die Universität Berlin vertreten wird. Das Juristen-Komitee in Nationalstracht, der Rektor der Universität, der Prodekan der juristischen Fakultät, sowie andere Professoren und zahlreiche Universitätshörer hatten sich zur Begrüßung eingefunden. Als Gneist den Waggon verließ, wurde er von vier Mitgliedern des Komites in den sogenannten Kaisersaal geleitet. Der Rektor begrüßte Gneist in warmen Worten, worauf letzterer seinen Dank für den herzlichen Empfang ausdrückte und ihm dann die Mitglieder des Juristen-Komitees einzeln vorgestellt wurden.

Die „N. A. Z.“ schreibt offiziöß: „Die vor einigen Tagen an anderer Stelle unseres Blattes ergangenen Andeutungen, daß die obersten Behörden der evangelischen Landeskirche nicht anstehen würden, eine in gewissen Kreisen sich vorbereitende Organisation des Ungehorsams“ schnell und energisch zu durchbrechen, sollen dem Vernehmen nach bereits ihre tatsächliche Verährung gefunden haben, resp. scheinen sie dieselbe demnächst finden zu sollen. Selbstverständlich mußte das bereits charakterisierte Verhalten solcher Diener der Kirche Gegenstand eingehender Prüfung werden.“ Das offiziöß Blatt verweist im Eingange seiner halbamtl. Mitteilung auf seinen Leiterartikel in der vorigen Dienstag-Nummer, welcher wie folgt schloß:

Auch in unsrer neuen Provinzen, die noch keine Synodalverfassung (Schleswig-Holstein, Hessen-Nassau), sind die durch das Zivilstandsgesetz erforderlichen Veränderungen der kirchlichen Trauungsordnung durch das Kirchenregiment, dem sie unterstellt sind, zu regeln gewesen, und diese Regelung ist in einer mit dem Erlass des evangelischen Oberkirchenrats für die alten Provinzen wesentlich übereinstimmenden Weise erfolgt. Man hat nichts davon gehört, daß die für jene Provinzen ergangenen königlichen Verordnungen und Behörden-Erlassen als „Ordonnanz und Gewaltstreiche“ signifiziert und mit öffentlichen Aufforderungen zum Ungehorsam empfangen worden wären. In den alten Provinzen scheint freilich die böse Aussaat der „Kreuzzeitung“ auf der vor einigen Tagen abgehaltenen kanadischer Konferenz einen empfänglichen Boden gefunden zu haben. Sind hier, wie die „Kreuzzeitung“ berichtet, in der That zahlreiche Geistliche zu einer Organisation des Ungehorsams gegen die formell und materiell unanfechtbaren, mit königlicher Ermächtigung ergangenen Anordnungen der obersten Kirchenbehörde geschriften, so alaufen wir uns versichert halten zu können, daß über dieses frivole Gebahren energische und rasche Buße ergehen wird. Die verhältesten Kinder einer früheren Epoche müssen es endlich erfahren, daß sie Diener, nicht Herren in der Kirche sind. Das Beispiel der Überwindung eines gleichartigen Ungehorsams und geistlichen Hochmuths in iher Provinz Hessen wird auch für die alten Provinzen unverloren sein.

Heute trat der Landwirthschaftsrath hier zusammen. Es waren ungefähr 40 Mitglieder anwesend, worunter die Herren Prof. Stöckhardt, Prof. Stenzel (Heidelberg), Frhr. Nordeck zur Rabenau, Landesskonomierath Griepenkerl (Braunschweig), Graf Winzingerode, Sauer und v. Wasdorff aus Sachsen, Vogte, Frhr. v. Wollmarth (Württemberg), Scipio (Baden), Lenthe u. s. w. Zum Vorsitzenden wurde Herr v. Wedell-Wallsee gewählt, zum General-Sekretär Delonie-Rath Haussburg, zu Schriftführern General-Sekretär Korn, Dr. Adami (Bremen), Dr. Weidenhammer und General-Sekretär Merlin. Die Wahl eines stellvertretenden Vorsitzenden für den ausgeschiedenen v. Wolfauger wurde bis Mittwoch ausgesetzt. Mittheilungen des Vorsitzenden füllten die Stunden bis 12 Uhr. Auf der Tagesordnung der heutigen Sitzung steht noch der Antrag Korn wegen Zulassung von Vertretern der Presse. Morgen kommt als wichtigster Gegenstand die Eisenbahnfrage zur Beratung, wozu auch Herr Minister Friedenthal erscheinen will. Fernere Gegenstände der Beratung sind: Landwirthschaftliche Fortbildungsschulen und Gewährleistung beim Viehhandel.

[Gerichtshof in Egypten.] Der höchste internationale Gerichtshof in Egypten, zu dessen deutschen Mitgliede der Kaiser den bisherigen Kammerpräsidenten am Landgericht zu Mühlhausen i. Els., Graf v. Mariana, ernannt hat, wird seinen Sitz in Alexandria haben und im Ganzen aus 11 Richtern, 7 ausländischen und egyptischen, bestehen. Die Ernennung der Richter fremder Nationen erfolgt ebenso wie die der einheimischen durch den Botschaftsminister von Egypten, jedoch nur mit Zustimmung der Regierung ihres Heimatlandes. Auch hat die egyptische Regierung die Sicherung gemacht, daß die für die Fremden reservirten Richterstellen bei dem obersten Gerichtshof mit je einem Angehörigen der sechs europäischen Großmächte und der Vereinigten Staaten von Amerika besetzt werden

sollen. Die Ernennung des Grafen von Marogna zum Richter bei dem Appellhofe ist vorläufig übrigens nur auf fünf Jahre erfolgt.

— Die deutsche Cholera-Kommission ist am 12. d. M. hier zusammengetreten. Den Vorsitz in derselben führt der Ober-Medizinalrath Professor Dr. v. Pettenkofer aus München. Mitglieder sind: Dr. Boeger, General-Arzt und Leibarzt des Kaisers, Subdirektor des medizinisch-chirurgischen Friedrich-Wilhelms-Instituts z. Berlin; Dr. Hirsch, Universitäts-Professor, Berlin; Dr. Günther, Geh. Medizinal-Rath, aus Dresden; Dr. Volz, Ober-Medizinalrath, aus Karlsruhe. Wie man der „Schles. Ztg.“ von hier schreibt, hoffen die Mitglieder der Kommission nicht allzu lange hier aufzuhalten zu werden. Die erste Sitzung der Konferenz zu erledigende Aufgabe besteht darin, sich nunmehr gutachtlich über die Beschlüsse der internationalen epidemiologischen Conferenz in Wien zu äußern. Bekanntlich hat das österreichisch-ungarische Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten den Zeitpunkt für gekommen erachtet, an die Ausführung jener Beschlüsse zu gehen, und besonders so weit die Quarantaine resp. das Inspektionsverfahren in Frage kommt, ist das Interesse der einzelnen Staaten dabei allerdings in hohem Grade engagiert. Durchaus korrekt will der Bundeskanzler, bevor er seine Entscheidung trifft, erst die deutsche Cholera-Conferenz hören. Die Bestimmung der letzteren, natürlich nur bezüglich des Inspektions-Verfahrens, keineswegs bezüglich der Quarantaine, steht allerdings außer Frage, da zwei ihrer Mitglieder, die Professoren Hirsch und Pettenkofer, als Delegierte des deutschen Reiches an den Verhandlungen und Beschlüssen der Wiener internationalen Sanitäts-Konferenz einen hervorragenden Anteil nahmen und ebenso entschieden für die Tafelkonferenz wie gegen die Quarantäne eintraten. Die zweite, der deutschen Cholera-Conferenz vorliegende Frage bezieht sich auf die eventuelle Veröffentlichung der zahlreichen Gutachten und Denkschriften, welche den Bundeskanzleramt in Folge des sciens der Conferenz 1873 festgestellten Untersuchungsplanes zugegangen sind. Eine Reihe von Regierungen hat den betreffenden Aufruf entgegengestellt, und so ist ein sehr wertvolles Material zusammengebracht worden, dessen wenigstens teilweise Publikation im Interesse der ganzen Anlegenheit sehr wünschenswert sein würde.

— Aus Schulkreisen schreibt man der „Börs. Ztg.“: Der „Staatsanzeiger“ enthält vor einigen Tagen die Ernennung des Oberlehrers Professor Urban zum Direktor des Königlichen Wilhelm-Gymnasiums in Königsberg. Das Gymnasium ist das zweite Königl. Gymnasium in Königsberg neben zwei städtischen, und ist jetzt mit einer Vor- und den Gymnasiastischen Sätra bis Secunda einschließlich eröffnet und bis zur Herstellung eines eigenen Gebäudes in der Altstadt der Predigerstraße untergebracht. Der Direktor war bis zum Frühjahr dieses Jahres dritter Oberlehrer am Gymnasium in Görlitz, wurde dann als Hilfsarbeiter zur Unterstützung des Geheimen Rathes Wiese bei Ausarbeitung des Unterrichtsgesetzes in das Kultusministerium berufen, erhielt während der Zeit den Professorstitel und nach Beendigung seiner Tätigkeit das Direktorat. Es ist religiös orthodox und politisch streng konservativ. Er scheint überhaupt, daß im Kultusministerium die unter dem Ministerium Mühlens herrschenden Tendenzen in Personalfragen noch heute Geltung haben. Die Belegung der wichtigen Stellungen des Rektors der Landesschule Pforta (Herbitz), wie der Alfelder Klosterschule (Schimelpfennig) werden, weniger in dem Sinne aufzufaßt, daß eine Begünstigung der orthodxen Richtung darin liegt. Der Kultusminister Dr. Falz wird freilich persönlich für diese Ernennungen nicht verantwortlich zu machen sein, da er sich in Betreff der Personalfragen im Wesentlichen auf seine Räthe angewiesen sieht; der Fehler liegt nur darin, daß er mit den alten Räthen fortarbeitet. Die „Zeitschrift für höheres Unterrichtswesen“ ist vollständig im Rechte, wenn sie in dem Preußischen Kultusministerium eine größere Berücksichtigung der Fachmänner verlangt, damit nicht der Minister auf den Rath eines Mannes angewiesen ist.

— Die Gesellschaft für Verbreitung von Volkssbildung hat mit ihren Wanderlehrern rechte Noth. Von den bisher thätigen haben zwei wieder aufzugeben werden müssen; mit dem dritten aber kommt man auch nicht zur Ruhe. Dr. Lindwurm, der eine Art amerikanische wechselseitige Lernbahn hinter sich hat, ist ein fähiger und tüchtiger Mann, im Volkswirtschaftlichen gut beschlagen, als Volksredner nicht leicht zu übertreffen; aber er kann eine verhängnisvolle Neigung nicht unterdrücken, neben der übernommenen öffentlichen Aufgabe, die doch wahrlich groß und schön genug ist, auch noch für seine aparten philosophischen Ideen Propaganda zu machen. Als er dies vorigen Sommer zu großem Missbehagen einzelner Bildungsvereins-Vorsteher selbst in seinen Wandervorträgen that, mußte der Zentralausschuß der Gesellschaft ihn schon beschränken; nun hat er ihn sogar öffentlich in gewisser Weise debabourieren müssen, da Dr. Lindwurm in seiner Eigenschaft als „ständiger Wanderlehrer u. s. w.“ auf dem Titel einer von ihm veröffentlichten „Praktischen Philosophie“ Erwähnung gethan hat, deren Inhalt weite Kreise innerhalb der Gesellschaft vor den Kopf stößt. Weitere Verhandlungen scheinen vorbereitet. Hoffen wir, daß sie die Gesellschaft nicht ihres einzigen wirklich erfolgreichen Wanderlehrers berauben! Es ist übrigens doch nachgerade seltsam, daß die Meldungen zu diesen gut bezahlten und leicht noch besser zu bezahlenden Posten, die zugleich eine so reiche und interessante Wirklichkeit in Aussicht stellen, immer noch so spärlich eingehen.

Breslau, 19. Oktober. Seitens des Fürstbischofs von Breslau sind die Erzpriester beauftragt worden, hinsichtlich des Religionsunterrichtes in den Elementarschulen besondere Prüfungen und Ermittlungen einzutragen zu lassen und über das Resultat Bericht zu erstatten. Infolge dessen hat ein mit dem Schulinspektorale nicht betrauter Erzpriester bei der Königl. Regierung zu Oppeln den Antrag gestellt, ihm den Besuch der zu seinem Archipresbyterate gehörigen Schulen zu gestatten resp. zu ermöglichen, damit er dem Auftrage des Fürstbischofs nachkommen könnte. Die Regierung hat hierauf nach der „Schles. Ztg.“ unterm 10. d. M. folgenden, den Kreis Schul-Inspektoren und Landräthen mitgetheilten Bescheid erlassen:

Auf die Vorstellung vom 16. m. pr., betreffend den Besuch des Religionsunterrichts in den Elementarschulen durch den zuständigen Erzpriester im Auftrage des Diözesanbischofs, eröffnen wir Euer Hochwürden, daß dogen nichts zu erinnern ist, wenn dabei folgende Bestimmungen beobachtet werden: 1) Da der Erzpriester kein Organ der staatlichen Schulaufsichtsbehörde ist, hat er dem zuständigen Kreis-Schul-Inspektor von dem beabsichtigten Besuch der Religionsstunden einer Elementarschule vorher rechtzeitig Mitteilung zu machen; 2) der qu. Besuch darf nur in den lehrplanmäßig angelegten Religionsstunden stattfinden, eine Verlegung der Religionsstunden ist unzulässig; 3) dem Erzpriester steht eine Einwirkung nur auf den fachlichen Inhalt des Religionsunterrichts zu. Wir haben die vorstehende Verfügung dem Herrn Kreis-Schul-Inspektor mitgetheilt.

Paris, 17. Oktober. Auch das Journal de Paris glaubt jetzt versichern zu können, daß Nadaillac von Pau baldigst verschwinden und in eine harmlosere Stellung versetzt werden wird. Ebenso steht der Präfekt von Nizza auf dem Sprunge. Die Versetzungsbefehle für beide sind laut dem Journal de Paris von Mac Mahon bereits unterschrieben. Vielleicht weil dem so ist, führt die „Presse“ heute eine sehr heftige Sprache gegen Spanien, damit die große Nation sehe, daß ihre Regierung sich nicht vor Spanien fürchte. Die „Presse“ vertritt dabei die Ansicht, daß, da die meisten und eifrigsten Berichte, auf welche die spanische Denkschrift sich stützt, von deutschen Konsuln herührten, Preußen, Frankreich scharf auf die Finger sehe, um ihm etwas am Zeuge zu laden; der Kluge sucht auch den Schein zu meiden. Schließlich meint die „Presse“, gewisse Diplomaten würden vielleicht weniger misstrauen sein, wenn jenseit der Pyrenäen gewisse Generale größere Entschlossenheit gegen Don Carlos an den Tag legten. Die ange-

liche Misströmung der gemeinten Diplomaten mag dahingestellt sein, immerhin aber hat das Organ des Herzogs Decazes infofern Recht, als die madrider Regierung nicht zu fühlen scheint, daß Europas Augen auf sie gerichtet sind, und daß sie bei Weitem nicht alles das leistet, was Ehre und Vaterlandsliebe erfordern. — Im Betreff der bestehenden Erbschaftswahlen äußert das Journal de Paris, die Wahlangelegenheit sei so verpuscht und zerfahren, daß sich kein Mensch mehr über die eigentliche Bedeutung der Kandidaturen zurechtfinden könne; es sei deshalb am besten, in Nizza, Arras und Versailles gar nicht zu wählen oder unbeschriebene Stimmzettel abzugeben! Die Bonapartisten, welche jetzt die Heile im Karpfenteiche der Monarchisten spielen, denken anders: sie röhren sich ganz gewaltig; man kann nicht feier und ungenierter vorgehen wie ihre Führer, obgleich die Sprache derselben in der Regel die von Abenteurern und Strebern ist. Das „Univers“ sucht die Franzosen schamlos zu machen, daß sie so knickerig gegen den Papst sind; es sagt:

„Herr Decazes kündigt an, daß ein neues Schiff, der Kleber, in einem französischen Mittelmeer-Hafen zur Verfügung des Papstes stehe. Wir freuen dem Papste gegenüber zur Situation des protestantischen England herab, daß indeß etwas großartiger als wir verfährt. England hat seit vier Jahren im Mittelmeer zwei schöne Fregatten, Defense und Monarch; beide haben Befehl, sich zur Verfügung des Papstes zu stellen, erstere um die Person Sr. Heiligkeit und deren Prälaten aufzunehmen, letztere um zum Transporte zu dienen; erstere führt 54 Kanonen, ist 174 Fuß lang und mit Königlichem Luxus ausgestattet; der Monarch steht ihr an Kraft nicht nach. Beide Fregatten befinden sich bald in Malta, bald in Syrakus.“ Köln. 3.

Aus Bayonne, 14. Oktober schreibt der Kriegskorrespondent der „Kölner Ztg.“: Die gestern Abend von hier aus dem elektrischen Funken anberaumte Notiz von der bereits eingetroffenen Erklärung des Belagerungszustandes und dem Präfektenwechsel im Departement der Basses Pyrenees ist (wie bereits bekannt) unrichtig. Die Erklärung des Belagerungszustandes wird vorwiegend von solchen verlangt, die von ihren persönlichen Neigungen abgesehen, zu der spanischen Angelegenheiten nur in einem, so zu sagen, administrativen Verhältnisse stehen. Die hiesigen Agenten der Regierung erklären sich für ohnmächtig, die Absichten ihrer obersten Behörde zu erfüllen, so lange sie nicht mit außerordentlichen Vollmachten der Jurisdiktion ausgestattet sind. Denn sie sind genötigt, in allen streitigen Fällen vor die Civilgerichte zu gehen, und diese sind ohne Ausnahme hier alle Carlisten und entscheiden natürlich zu Gunsten ihrer Freunde. Wie es da möglich ist, alle Personen, die sich unberechtigter Weise hier aufzuhalten, konfiszieren und konspirieren, zu entfernen und die Einfuhr von Kriegsartikeln in spanisches Land zu verhindern, das mag Gott und die Times wissen, deren Korrespondent der französischen Grenzbewachung ein Lob spendet, das ich nicht zu unterschreiben vermöge. Entschließt sich die Regierung endlich zu der entscheidenden Maßregel, so bedarf die lezte Note der spanischen Regierung keiner weiteren Rechtfertigung mehr. Wo mit aber nichts von alle dem in Abrede gestellt werden soll was man im Übrigen dieser selbigen Regierung in Bezug auf Kopflosigkeit, Mängel an Energie und vielleicht auch an rechtschaffenem Willen nachsagt. — Die Karlisten von Irún und Fuenterrabia haben das Gefecht beim Brückenkopfe von Behobia und später bei San Marcial oberhalb Irún's benutzt, um eine ganze Schiffs-ladung von Waffen, Munition, Uniformen und Rüstzeug für die Kavallerie die Bidassoa hinaufzubringen und in Sicherheit zu schaffen. Der betreffende Dampfer hatte seine Ladung, wie Ledermann wußte, im Hafen von St. Jean de Luz eingenommen. Derselbe ist spanischer Nationalität, und der hiesige spanische Konsul hat in Folge dessen von der französischen Regierung verlangt, daß derselbe im Hafen von Socoa, wohin derselbe zurückgekehrt ist, festgehalten werde, um von Soldaten der spanischen Marine in einem spanischen Hafen abgeführt zu werden. Einen zweiten Konflikt mit der französischen Regierung hat der reckenhafte Kommandant von Irún erhoben, indem er sich beschwerte, daß einige der auf französischen Boden geflüchteten Karlisten nicht angehalten worden seien. Der Kommandant hat versichert, daß er sich bei der Wiederholung eines solchen Falles auch nicht an die blau-weiss-rothen Grenzfähre lehren werde. Er ist Mann genug, um Wort zu halten. Von Biscaya aus wiederholen sich die Gerüchte über Infusordinationen in den Reihen der Karlisten mit dem Gefolge von Desertionen und Verstörungen von Kriegsmaterial mit einer gewissen Hartnäckigkeit. Wo so viel Rauch aufwirbelt, kann man nicht umhin, auch einiges Feuer zu vermuten. Näheres ist von hier aus nicht zu konstativen.

London, 17. Okt. Wie bereits telegraphisch gemeldet wurde, hat sich das britische Reich wieder um eine Besitzung verzögert. Aus Melbourne wird amtlich bestätigt, daß Sir Hercules Robinson die Einverleibung der Fidschi-Inseln in aller Form vollzogen und die britische Flagge dafelbst aufgehängt hat. Dieses Ereignis seiner Sendung war vorauszusehen und wird alle diejenigen befriedigen, die mit den Fidschi-Inseln irgendwie zu thun haben, noch mehr aber die Menschenfreunde, denen die Abstellung der Sklavenjagd in der Südsee am Herzen liegt. Der abscheuliche Handel hatte seinen Heerd in den eben annexirten Inseln und würde sich ohne deren Einverleibung schwerlich mit Erfolg hindern lassen. Im Übrigen waren es gerade die Annalisten und ihre Freunde, welche die Vereinigung mit dem britischen Reiche hauptsächlich wünschten. Die Insulaner kamen selber darum ein, die angestiegenen Europäer — hauptsächlich Engländer und Deutsche — äußerst sich entschieden dagegen, daß ohne englische Herrschaft keine Ruhe und Ordnung, keine Sicherheit des Vermögens bleibend erreichbar sei, und die geschäftlich nahe verknüpften Australier bestätigten diese Ansicht. Das wilde Treiben der Sippenschaft, welche in letzter Zeit unter dem Namen eines Ministeriums des Königs auf dem ihm unterworfene Theil der Inseln gehauft, hat die Lösung wesentlich beschleunigt. England war schon mehrmals auf dem Wege, die Inseln unter sein Szepter zu bringen. Zu verschiedenen Malen ist die Frage sachverständigen Richtern vorgelegt und von diesen meist zu Gunsten der Union angesprochen worden. Der letzte derartige Bericht ist von den Herren Goodenough und Layard abgefaßt, welche von der Regierung zu Unterhandlungen und Erhebungen nach den Inseln gesandt wurden. Damals wünschten die Insulaner lebhaft den Anschluß, stellten aber mehrere unzulässige Bedingungen — Sicherung des Grundbesitzes für die Händlinge u. s. w. —, die Lord Carnarvon nicht eingehen zu können erklärte. Wie dem Parlament mitgetheilt wurde, erhielt Sir Hercules Robinson bei seiner Abfahrt Bollmacht, die Inseln zu annexiren, sofern jene Bedingungen zurückgezogen würden; dies wird daher im Wesentlichen geschehen sein. Unter geregelter Verwaltung versprechen die zuerst glich gelegenen Inseln schnell aufzuhüllen und dem Mutterlande nichts zu kosten, wenngleich das bisherige Ministerium tief in Schwaden gerathen ist. Für manche den

Großen Ozean durchschneidende Schiffahrtslinien bietet die Inselgruppe einen willkommenen Anhalte- und Kreuzungspunkt; vor Allem aber darf man hoffen, daß der Menschenhandel in jenen Himmelsgegenden nun rasch sein Ende finden wird.

## Lokales und Provinzielles.

Posen, 20. Oktober.

— Für den von der deutschen Kaiserin aus Anlaß der Wiener Weltausstellung gefüllten Preis „für das beste Handbuch der kriegs chirurgischen Technik“ waren, wie eine Bekanntmachung des Central-Komitee der deutschen Vereine zur Pflege im Felde verwundeter und erkrankter Krieger im heutigen „Reichsanzeiger“ besagt, 5 Konkurrenzschriften, 4 deutsche und 1 belgische eingegangen. Die zu Preisrichtern ernannten Herren Billroth in Wien, B. von Langenbeck in Berlin und Socin in Basel haben diese Arbeiten einer sorgfältigen Prüfung unterzogen und sind sodann in gemeinsamer mündlicher Berathung zu dem Beschuß gelangt, daß drei derselben und zwar den mit den Motto: „Kurz und Bündig“, „Wissen ist Macht“ und „Soldier Surgeon“ bezeichneten eine hervorragende Bedeutung beigelegt werden müsse. Auf den Antrag der ernannten Preisrichter hat die Kaiserin bestimmt, daß der Allerhöchst bewilligte Preis von 2000 Thalern getheilt und die mit dem Motto: „Kurz und Bündig“ verschene Arbeit, weil sie der Fassung der gestellten Aufgabe am vollkommenen entspricht, mit 1000 Thlrn, die beiden anderen, das Motto: „Soldier Surgeon“ und das Motto: „Wissen ist Macht“ tragenden Arbeiten, weil sie ein werthvolles Material für ein Handbuch der Kriegs chirurgie enthalten, jede mit 500 Thlrn prämiert werden sollen.

In einer hierzu anberaumten Sitzung des Central-Komitees wurde nun am gestrigen Tage zur Eröffnung der versiegelten 3 Couverts geschritten.

1) Das mit dem Motto: „Kurz und Bündig“ verschene Couvert enthielt als Verfasser: Dr. Friedrich Esmarch, Professor in Kiel.

2) Das mit dem Motto: „Soldier Surgeon“ bezeichnete den Namen: Surgeon Major J. H. Porter, Professor der Kriegs chirurgie am Royal Victorial Hospital, Netley England.

3) Das mit dem Motto: „Wissen ist Macht“ bezeichnete den Namen: Dr. Joseph Landsberger, praktischer Arzt in Posen.

In einem Aufsage über die Irrlehren des Sozialismus sagt die „Kölner Zeitung“ in Nr. 285: Unsere Volksbildungvereine und Fortbildungsschulen haben nicht allein die Ausbreitung formeller Verstandesbildung und technischer Kenntnisse und Fertigkeiten sich zum Ziele zu nehmen, sondern wesentlich auch eine bessere Belehrung über die Bedingungen, Zusammenhänge und Gesetze des sozialen Lebens und vor allem eine Anregung und Pflege der moralischen Kräfte und jeder edlen Willensrichtung und Herzensstimmung. Es ist lange nicht genügend bekannt, daß die deutsche Gesellschaft für Verbreitung von Volksbildung genau in der Richtung, welche in den angeführten Werken bezeichnet wird, bereits seit einer Reihe von Jahren mit großem Erfolg thätig ist und ein eigenes Organ, den „Bildungs-Verein“ unterhält. Wir entnehmen demselben, daß sich in neuester Zeit innerhalb der Organisation der Gesellschaft ein Landesverband für das Königreich Sachsen, ein Provinzialverband für die Provinz Schlesien und ein Zweigverein in Heidelberg gebildet haben. Außer den 14 Zweigvereinen zählt die Gesellschaft 462 Vereine mit Bildungsstellen und über 100000 Mitgliedern. Zu den bereits in Thätigkeit befindlichen Wanderlehrern treten für den bevorstehenden Winter zwei neue. Ein Hauptzweig der Thätigkeit der Gesellschaft besteht darin, ihre Unterstützung bei Herstellung von Volksbibliotheken zu leisten, welche sie unter Umständen auch geringen Preis am freibarem Vereine überläßt. Den zeitigen Vorsitz der Gesellschaft führt der Reichstagabgeordnete Dr. Schulz-Delitzsch. Das Bureau der Gesellschaft befindet sich Berlin W. Köthenerstraße 39.

XX. Frankfurt, 18. Oktober. [Ferderlankheit.] Auf Anordnung der Königl. Regierung zu Posen wird am 27. d. M. auf dem Dominium Pawlowitz bei Kreis eine nochmalige Besichtigung aller der Befährlankheit verhängten Pferde stattfinden. Eine gleiche Besichtigung hat bereits im Anfang dieses Jahres auf der Königl. Befährlstation Pawlowitz von den dort stationirt gewesenen Landbeschläfern gedeckt worden sind, sowie außerdem alle diejenigen Hengste und Stuten, welche bereits wegen Verdachts der Befährlankheit tierärztlich untersucht oder sonst bisher vom Königl. Landrat v. Massenbach als verdächtig bezeichnet worden sind. Die Besitzer der vorstehend bezeichneten Hengste und Stuten haben zur Gestellung derselben in obigem Termine bei Vermeidung einer Exekutiv-Strafe von 5 Thaler verdächtige Pferd zu erscheinen.

— d. Koschmin, 18. Oktober. [Bahnhofbau.] Die Bahnhofsbaute sind nun hier vor einigen Tagen auch in Angriff genommen. Herr Baumeister Koppel in Kołoschin führt dieselben aus. Die übrigen Bauten sind schon so weit vorgeschritten, daß die Schienen gelegt werden. Auch ist die große Brücke über die Warthe bei Dembow einschließlich des Eisenbelages fertig geworden.

! Neutomischel, 18. Oktober. [Landrat] Nachdem Herr Landrat Bischof aus Groß-Strehlitz zum Landrat des Kreises Bischof ernannt, dieses Amt angetreten hat, ist Herr Regierungsassessor Bacharia, welcher bisher dem hiesigen Landratsamt vorstand, die Verwaltung des 1. Landratsamtes des Kreises Groß-Strehlitz übertragen.

— r. Wollstein, 18. Oktober. [Sopfen. Verhaftung.] Wenn auch in letzter Zeit wiederum einiges Leben ins Sopfengeschäft gekommen, so findet es doch noch immer nur Böhmen oder deren hiesige Kommissariate, die als Käufer auftreten und pro Centner Prima-mare bis 80 Thlr. bewilligen. Erst, wenn auch Bayern, die wegen der hohen Forderungen der Produzenten noch immer eine abwartende Stellung einnehmen, eben-als als Käufer auftreten, ist auf ein solches Geschäft zu rechnen. — Der Gastwirth Mr. in W. lebte mit seiner Ehefrau, die sich seit Jahren bereits gänzlich dem Trunk ergeben hatte, in sehr unglücklicher Ehe. Am 9. d. M. verstarb die Frau des Mr. und es verbreitete sich das Gerücht, daß die Mr. in Folge einer Verwundung, die derselben ihr Mann am Kopfe beigebracht hatte, sich verblutet habe. Bei der hierauf seitens der Gerichtsärzte erfolgten Section der Leiche müssen sich auch wirklich gravirende Momente gegen Mr. herausgefunden haben, denn derselbe wurde bald darauf in das hiesige Gerichtsgefängniß eingebrahrt. Mr. ist als nüchterner, arbeitsamer Mann allgemein bekannt.

k. Schneidemühl, 18. Oktober. [Schwurgericht: Urkundenfälschung. Amtsverbrechen.] Gestern sahen auf der Anklagebank der Kontrahent Wieciorek und der Gerichts-Aktuarist Kramm, beide aus Schönlanke. Der Letztere war angeklagt, im August d. J. ohne Wissen seiner Vorgesetzten dem Kreisgericht zu Schönlanke gehörige Alten aus dem Bureau mit sich genommen und dieselben einem dritten (Wieciorek) zur Einsicht übergeben zu haben und zwar in der Absicht, sich dadurch einen Vermögensvorteil zu verschaffen, und Ersterer war beschuldigt, diese Alten (öffentliche Urkunden) in der Absicht gefälscht zu haben, sich und andere dadurch Vortheile zu verschaffen. — Der Sachverhalt ist kurz folgender: Der Angeklagte Wieciorek, welcher sich als Polizeiamt einer sehr großen Provinz erfreut, hat im Laufe dieses Sommers einem Vorwerksbesitzer Bauer ca. Kaufmann Jakobsohn in Schönlanke einen Prozeß geführt. Bauer wurde von dem vorliegenden Kreisgerichte verurtheilt, die Summe, um

welche es sich handelte, zu zahlen und beauftragte den Angeklagten Wieszorek, die Appellationsurkunde in der vorgezeichneten Frist anzufertigen. Wieszorek hatte dies jedoch ohne Zweifel bei seiner vielen Arbeit vergessen, und als er sich dieser Angelegenheit erinnerte, war die gesetzliche Frist bereits verstrichen. Er fertigte trotzdem die Schrift an, ließ dieselbe von Bauer unterschreiben, und sandte sie nach Bromberg ab. Um sich jedoch von dem späteren Vorwurfe, daß er die gesetzliche Frist nicht inne gehalten, zu sichern, setzte er sich mit dem Altuar Kramm in Verbindung, ließ von diesem die Prozeßakten Jakobsohn ca. Bauer vom Bureau bringen und fälschte das Datum der Ausfertigung in dem Anklageschreiben an Bauer und in dem Bekämpfungsschreiben an den Mandatar des Rechtsanwalts Krüger. Die genannten Schriftstücke waren am 6. Juli ausgestellt worden. Wieszorek fälschte nun das genannte Datum dadurch, daß er aus der "6" eine "26" mache. Die Fälschung wurde entdeckt und der Verdacht fiel sofort auf den Altuar Kramm, welcher in dem betreffenden Bureau arbeitete und in dem Rufe eines außerordentlich leichtsinnigen, lockeren Menschen steht. Dieser stiftet bei seiner ersten Vernehmung aufs-hartnäckig, legte jedoch auf Bitten des Untersuchungsrichters ein offenes Geständnis dahin ab, daß er die Akten am Sonnabend, den 22. August, den Wieszorek in ein Bierlokal gebracht und dieselben am folgenden Montag früh halb sechs Uhr aus der Wohnung des Wieszorek wieder abgeholt hat. Dieser will jedoch von der ganzen Geschichte nichts wissen und hat von Anfang an bis auf den letzten Augenblick konsequent bestritten, die Akten in seinen Händen gehabt zu haben. Er suchte auch durch einen Zeugen zu beweisen, daß er an jenem bewirkt Montag schon früh um 5 weggefahren sei. Trotzdem und trotz der glänzenden Bekämpfungskreide des Rechtsanwalts Herrn Cörsipius aus Landsberg konnten die Geschworenen sich von der Unschuld des Wieszorek nicht überzeugen und sprachen nach fast 1½ stündiger Beratung über beide Angeklagten unter Bewilligung mildernder Umstände das Schuldburg aus. Da jedoch die Schuldfrage des Wieszorek nur mit 7 gegen 5 Stimmen befaßt wurde, so trat der Gerichtshof ein und schloß sich der Majorität der Geschworenen an. Es wurde demnach der Angeklagte Wieszorek wegen Urturkundfälschung zu 1½ Jahren Gefängnis und Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte auf 2 Jahre und der Angeklagte Kramm zu 6 Monaten Gefängnis und Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte auf 2 Jahre verurtheilt.

### Wissenschaft, Kunst und Literatur.

\* Die Nr. 42 der "Gegenwart" von Paul Lindau, Verlag von Georg Stille in Berlin, enthält: Über parlamentarische Debatte. Zu dem Vortrage des Herrn von Kirchmann Von H. B. von Unruh. I. II. — Literatur und Kunst: Stand und Beruf der Personen im Lustspiel. Von Ernst Wichert. — Autobiographische Skizze. Von Hermann Lingg. (Schluß) — Neue dramatische Dichtungen. Erfrida von Monte-Salerno. Drama in fünf Aufzügen von G. Conrad (Prinz Georg von Preußen). Von Paul Lindau. — Magyarische Literatur. Ungarische Volksdichtungen. Ueberseit und eingeleitet von Ludwig Aigner. Von Gottfried Kinkel. I. — Aus der Hauptstadt: Die 49. Ausstellung der k. Akademie der Künste zu Berlin. Von Gustav Flöerle. II. — Notizen. — Inserate.

\* Deutsche Warte. Umschau über das Leben und Schaffen der Gegenwart. Redaktion: Dr. Bruno Meyer. VII. Band. (Verlag der G. Braun'schen Hofbuchhandlung.) Erstes August-Heft. Inhalt: Wöhrend des Septennats. Von G. Schneider. — Der XV. Kongress deutscher Volkswirthe. Von Arthur v. Studnitz. — John Stuart Mill und seine Schriften. III. — Von H. Bartlina. — Kleine Umschau: Mineralische Pflanzenbestandtheile. — Bücherschau: I. Umschau in der Literatur Englands mit Berücksichtigung der amerikanischen. Von H. B. — Todtenthou: Friedrich Wied. — Wilhelm Grabow. — Philharmonie Thrasles. — Johann Ezzel.

### Staats- und Volkswirtschaft.

\*\* Preußische Bank. Wochen-Uebersicht vom 15. Oktbr. 1874.

	Aktiva.	
1. Geprägtes Geld und Barren	Thlr. 216,683,000	— 1,924,000
2. Kassen-Anweisungen, Privat-Banknoten u. Darlehnskassen-Scheine	= 3,901,000	+ 805,000
3. Wechsel-Bestände	= 136,226,000	— 2,293,000
4. Lombard-Bestände	= 20,033,000	— 541,000
5. Staats-Papiere, verschiedene Forderungen und Aktiva	= 5,304,000	— 227,000
	Passiva.	
6. Banknoten in Umlauf	Thlr. 281,471,000	— 3,453,000
7. Depositen-Kapitalien	= 33,593,000	+ 368,000

Die heute veröffentlichte Uebersicht der Preußischen Bank für die zweite Oktoberwoche gewährt, obwohl die zu verzeichnenden Renditionen keine allzu hohen Ziffern begreifen, einen recht unerquicklichen Anblick. Die Diskontobewilligung hat den Metallhaushalt nicht gefüllt; der selbe ist um ca. 2 Millionen geschwächt, was nur für das Deflations- und Rückgang der Noten durchaus aufgewogen wird, daß der Vorraum an Kassenscheinen um 800.000 Thlr. gestiegen ist und der Notenumlauf einen Rückgang von 3½ Millionen erfahren hat. Mehr als 2½ Millionen beträgt die Abnahme der Wechsel und über ½ Million die der Lombardbestände. Die Depositen sind dagegen um ½ Millionen gewachsen, das Konto verschiedener Aktiva ist um fast ¼ Million vermindert und die Regierung hat der Bank 1 Million entnommen.

\*\* Deutsche Bank. In der am 17. d. M. zu Berlin abgehaltenen Beratungsrathssitzung wurde die Semestral-Bilanz vorgelegt. Es ergab sich danach ein Reingewinn von 6¾ p.C. per anno. Die Lage des Geschafts wurde als eine befriedigende angesehen.

\*\* Braunschweig-Hannoversche Hypotheken-Bank. Bei der am 15. September 1874 statutär abgehaltenen Verlösung 5prozentiger unfünfbarer Pfandbriefe sind nachfolgende Nummern gezogen worden, welche sofort zu rückzahlung wert sind:

Serie II. Lit. A. über 1000 Thlr. Nr. 171. Lit. B. über 500 Thlr. Nr. 473 847. Lit. C. über 100 Thlr. Nr. 1046 1267 1269 1380 1782 1792 2051 2166 2570 2977 3174 3230 3549 3608 3983 3998.

Serie III. Lit. A. über 1000 Thlr. Nr. 214. Lit. B. über 500 Thlr. Nr. 597 959. Lit. C. über 100 Thlr. Nr. 1027 1474 1495 1540 1580 1793 2158 2269 2958 3216 3340 3444 3545 3617 3809 3966.

Serie V. a 100 Thlr. Nr. 826 1331 1343 1784 2172 2298 2353 2737 3015 3083 3333 3403 3419 4170 4935 5292 5771 6028 6236 6631 6920 6941 7358 7571 7674 7849 7992 8183 8984 9299 9459 9562 9598.

Serie I. zu 4½ p.C. Per 1. Juli 1874. Lit. B. a 500 Thlr.: Nr. 299. Lit. C. a 100 Thlr.: Nr. 291 300 481 4015 4429.

Serie II. zu 5 p.C. Per 1. Januar 1874. Lit. C. a 100 Thlr.: Nr. 1468 1956 3061 3310 3420.

Serie III. zu 5 p.C. Per 1. Januar 1874. Lit. A. a 1000 Thlr.: Nr. 392. Lit. C. a 100 Thlr.: Nr. 2475 2844 3079 3389.

Serie IV. zu 5 p.C. Per 1. Juli 1874. Lit. A. a 1000 Thlr.: Nr. 750. Lit. B. a 500 Thlr.: Nr. 2189. Lit. C. a 100 Thlr.: Nr. 4229 4720 5501 7087 7769 10184 11591.

\*\* Deutsche Grundkreditbank zu Gotha. Es wird darauf aufmerksam gemacht, daß es wünschenswert sei, die noch nicht mit dem roth gedruckten Vermerk versehenen Pfandbriefe der Deutschen Grundkreditbank zu Gotha, Abtheilungen I. und II. (Prämien-Pfandbriefe), sowie III. und IV. baldigst mit diesem Vermerk versehen zu lassen. Die Haber der Pfandbriefe können dieselben zu diesem Zwecke bei der Effektenkasse der Berliner Handelsgesellschaft einreichen.

\*\* Dortmund, 18. Oktober. In der heutigen Generalversammlung des dortmunder Steinkohlenbergwerks "Luisa Tiephau" waren 31 Aktionäre anwesend, welche 627 Stimmen vertraten. Die Anträge des Aufsichtsraths wurden genehmigt und das neue Statut einstimmig angenommen. Die 10 Prozent betragende Dividende wird vom 2. November d. J. an ausbezahlt.

\*\* Washington, 18. Oktober. Das Departement für Landwirthschaft hat seinen Bericht über den Ausfall der diesjährigen Getreideernte veröffentlicht. Der Ertrag derselben kommt darnach dem Erntetrage des Jahres 1870 gleich.

### Vermischtes.

\*\* Breslau, 19. Oktober. Zur Anwesenheit der Kaiserin von Russland, Hotelbesitzer Galisch, Standesämter, Katholiken-Versammlung, Volksversammlung, Mord in Neustadt. Der Aufenthalt der Kaiserin von Russland am heutigen Orte ist ein sehr kurzer gewesen. Die hohe Frau traf gegen ½ Uhr Abends ein, erhielt um 8½ Uhr eine Depesche aus London von ihrem Schwiegerherre dem Herzog von Edinburgh, daß die Entbindung seiner Gemahlin jede Stunde erwartet werden könnte und reiste, statt wie ursprünglich bestimmt hier zu übernachten, um 10 Uhr per Extrazug wieder weiter. Uebrigens hat die hohe Frau dem Hotelbesitzer Galisch, welcher die Ehre hatte sie in ihre Gemächer führen zu dürfen, ihre besondere Anerkennung über die getroffenen Arrangements ausgedehnt und ihm zugesichert, a. f. der Rückreise nach Russland wieder und zwar auf längere Zeit bei ihm einzutreffen. Bei dieser Gelegenheit wollen wir uns übrigens einige Worte über die Vergangenheit des vorbezeichneten Hotelbesitzers gestatten, in dessen Räumlichkeiten jetzt alle fürstlichen Persönlichkeiten die Breslau berühren, einleihen. Derselbe war seiner Zeit einfacher Küraffair beim hiesigen Leibregiment und zugleich Bürge bei einem Stabsoffizier, seine jetzige Gattin diente als Jungfer bei der Frau Majorin. Nach Ablauf seiner Militärschicht die er als Kapitulant noch um einige Jahre verlängert hatte, heirathete er und wachtete in demselben Hause an der neuen Schweidnigerstraße, was er jetzt sein eigen nennt, einen Keller und legte in demselben eine Bäudelei an. Aus den ursprünglich kleinen Ersparnissen wurden größere und nach einer Reihe von Jahren war er bereits im Stande, den Gasthof zum Löwen, der einen beliebten Ausspannungsort für die Landbewohner bildete und mit seinen Höfen und Ställen fast ein ganzes Stadtviertel einnahm, zu pachten. Später erstand er denselben um einen verhältnismäßig nicht allzu hohen Preis und erbaute in dem an den Tauenzenplatz stoßenden Hause das palastähnliche Gebäude, welches jetzt den einen Theil des Gasthofs zum Löwen bildet, mit einem Kostenaufwand von 300.000 Thalern, allerdings mit Hilfe seiner vielen Freunde. Jetzt steht der Mann fast schuldenfrei da, ist Besitzer eines hochdeleganten, ehemals dem Oberbürgermeister Elwanger gehörigen Villa in Kleinburg, waltet aber in seiner Häuslichkeit noch immer als der thätige Geschäftsmann wie ehedem. Unsere Standesämter sind in der vollen Tätigkeit und kaum im Stande, den an sie gestellten Anforderungen Genüge zu leisten. So sind bei dem Standesamt II. allein für morgen 18 Trauungen angemeldet. Um den betreffenden Brautpaaren zu ermöglichen, ihre civilen geschlossenen Ehen noch an demselben Tage kirchlich einzutragen lassen zu können, hat das Standesamt nachgegeben, daß Trauungen aller drei Klassen jetzt jeden Wochentag stattfinden dürfen; bisher waren diese Trauungen nur auf je zwei bestimmte Tage in der Woche beschränkt. Heut Abend beginnt die Schlesische Katholiken-Versammlung und wird Herr Spiritual Sprit im Birnenhaus die Begrüßungsrede halten. Für die im Schießverderesaale stattfindenden öffentlichen Versammlungen werden an Korrespondenten liberaler Zeitungen Eintrittskarten ausgegeben, dagegen haben dieselben zu den Sitzungsitzungen keinen Zutritt und wird über diese das ultramontane Blatt, die "Schlesische Volkszeitung", natürlich nach vorhergegangener strenger Censur, allein berichten.

Unsere Volksbevölkerung die Herren Feindes und Konsorten sind überaus thätig. Mit Mittwoch Abend waren in ein und demselben Lokale allein 3 Volksversammlungen einberufen und zwar von 7 Uhr Abends ab die eine immer eine Stunde später als die andere, so daß, wenn wie gewöhnlich die erste und resp. zweite polizeilich aufgelöst wird immer gleich die nächste angemeldete beginnen kann. Letzteres ist natürlich auch in dem gedachten Falle gegeben und sind nur die armen Polizei-Beamten zu bedauern, welchen bei diesem Posenispiel die unangenehmste Rolle zufällt. — Bei dem Morde in Neustadt ist heute mitzuteilen daß der pp. v. B. zwar noch nicht geständig ist, jedoch so viel Indizien gegen denselben vorliegen daß an seiner Thüterschaft wohl kaum gewischt werden darf. Gerüchtweise verlautet, daß das ermordete Mädchen sein Kind und sein Enkelkind in einer Person sein soll.

\* Eine Gesellschaft eigenthümlicher Art hat sich in St. Gallen gebildet. Die "St. Galler Btg." entlädt die kurze Annonce: "Zusammenkunft zur Hutausweihung heute Abend im Raben." Demnach scheint es, daß die Gäste im Raben nie weggehen, ohne ihre Hüte zu verwechseln; sie müssen also, da wir etwas Böses nicht annehmen wollen, mit Bewußtsein festgestellt haben, daß die Hüte jedesmal verwechselt werden, — und in der That dieses Mittel ist vortrefflich, eine Gesellschaft zusammen zu halten; Diejenigen, welche die schlechteren Hüte weatrügen, kommen ganz sicher wieder. Der Rabenwirth aber, welcher auf diese Idee gekommen, ist ein kluger Mann.

\* Russische Eisenbahnen. Die Forderungslage des Herrn J. A. Wargunin wider die Kiev-Brester Eisenbahnsgesellschaft und den Kaufmännischen dieser Bahn, Herrn Sadler, wegen Auslieferung der ursprünglichen Särgen, ist dahin entschieden worden, daß die genannte Eisenbahnsgesellschaft die dem Wargunin gehörigen Billeder der Petersburger Diskontobank im Betrage von 350.000 Rubeln sammt anlebenden Renten vom 16. November 1870 ab, demselben auszuziefern. Herr Sadler aber dem Wargunin die Summe von 453.740 Rubl. nebst Renten auf 137.916 Rubl. vom 11. Juli 1873 ab zu zahlen habe.

Einer Nachricht der "Börse" zufolge wird die Rjafst. Bjasmatse Eisenbahn am 15. Oktober dem Betriebe übergeben werden. — Dagegen soll die Betriebseröffnung auf der Rostow-Wladikawka Eisenbahn, wie die russische "St. Petersb. Btg." meldet, offiziell bis zum 1. Juni 1875 hinausgeschoben werden sein.

Berantwortlicher Redakteur: Dr. Julius Wagner in Breslau.

STERNS HOTEL DE L'EUROPE. Rittergutsbesitzer v. Brusnitski aus Sarbi, Poetsch aus Leipzig, Hamburger aus Berlin, Löwenthal aus Hamburg.

HOTEL DE BERLIN. Die Kaufleute Lurie aus Warschau, v. Sypniewski aus Berlin, Kaminski aus Miloslaw, Ingenieur Holder Eger aus Breslau, Administrator Wendland und Frau aus Woyrsch, Partikularer Fr. v. Rostren aus Marienwerder, Direktor von Bronzynski aus Thorn, die Partikularer Leichtentritt aus Miloslaw, Grzyfacki aus Dittersbach, die Rittergutsbesitzer v. Koschuki a. Swigte, v. Kropinski aus Elomerae, Lukasch aus Breslau.

SEELIG'S GASTHOF ZUR STADT LEIPZIG. Die Kaufleute Gerold und Paradies aus Berlin, Ginsberg a. Breslau, Schriftsteller Tscharnke a. Berlin, Privater Garischinski a. Breslau, Seminarlehrer Kewitsch a. Berent (Breslau), Landwirt Woutlowksi a. Dr. Grawo, Postsekretär Gladis a. Halle a. S., Förbermeister Lange a. Bunzlau.

C. SCHARFFENBERG'S HOTEL. Die Kaufleute Hoffmann a. Berlin, Cohn a. Breslau, Rosenthal a. Obernitz, Landwehr a. Wronowitz, Loewenjohann a. Budritz, Edrich a. Gera, Meiberg u. Einsporn a. Breslau, Kramer a. Gleiwitz, die Direktoren Mattig und Krumbholz aus Neusalz a. O., Gutsbesitzer Flüsse nebst Frau aus Dusznitz, Hotelbesitzer Kluge a. Rothenau.

BUCKOW'S HOTEL DE ROME. Die Rittergutsbesitzer v. Jagow und Frau a. Uchorowo, Gräfin Radolinska a. Jarocin, Hoff-

mann a. Nowakski, die Oberam. Kinder und Frau a. Nohau, Beving a. Mur, Goslin, Fabrikant Wolff a. Goslar, die Eisenbahn-Inspektoren Bader aus Pest, Hofbauer und Eichler aus Budapest, Eisenbahnbeamter Glaeser a. Pest, die Kaufleute Meissung aus Leipzig, Blagge aus Berlin, Meissner aus Stettin, Simon aus Charkow, Alexander a. Schlubbe, Fräulein Hahn aus Kattowitz, Grüner aus Berlin, Nollinghoff a. Paris, Löhr aus Potsdam, Salzmann aus Ebersfeld, Berger a. Köln, Trumpf a. Leipzig.

MYLIUS' HOTEL DE DRESDEN. Die Ritter-Gutsbesitzer Baar und Sohn aus Mordze, Iwia aus Schöpis, K. Kammerherr Dzierzakow aus Morawski und Frau a. Lubonia, Kentier Hoffmann und Frau a. Greben, die Fabrikanten Coban, Hindberg, Salinger u. Wiesenbaum aus Berlin, die Kaufleute Bauch a. Paris, Hahn a. Frankfurt, Schneider a. Breslau, Bieky a. Schnebeck, Weustenfeld aus Werl, Wendt a. Köln, Böllmann a. Bern, Lissa a. Breslau, Langheim a. Magdeburg.

KELLER'S HOTEL. Die Kaufleute Galand a. San Franisko, Berenze jun., Frau Rosenthal, Löwe, Krone u. Lehner a. Rogasen, Sibenberg a. Warschau, Silberau, Silverau a. Schwedisch, Goodman a. Jaracewo, Bosner a. Kröben, Rothmann a. Klecko, Spiro a. Birzecze, Joel a. Radziejewo, Lithauer a. Breslau, Lithauer a. Polen, Vaski u. Seelmann a. Peiersen und Schendel a. Strzelno, die Gutsbesitzer v. Jaworski a. Czerniejewo u. Berger u. Sohn a. Krossin b. Moschin.

### Bis 11 Uhr Vormittags eingegangene Depeschen

Bahonne, 19. Oktober. Der spanische Konsul ergriff Besitz von der Nièvre kraft der Konularverträge zwischen Frankreich und Spanien, da der Kapitän das Schiff verlassen hatte. Die Nièvre ist gestern nach Spanien abgegangen. Die Carlisten, deren Internierung der spanische Konsul verlangte, werden nach den Ortschaften jenseits der Loire gebracht, deren Wahl ihnen freisteht. Falls sie die angewiesenen Aufenthaltsorte verlassen, werden sie aus französischem Gebiete ausgewiesen.

Madrid, 20. Oktober. Regierungsnachrichten zufolge erschoss die Carlisten mehrere Offiziere wegen Insubordination. — Alfonso hat seinen Plan, den Ebro zu überschreiten, wieder aufgegeben. Die Versuche der Carlisten, Lerida einzunehmen, sind zurückgewiesen worden.

Agram, 20. Oktober. Der Banus eröffnete gestern im Namen des Kaisers die neue kroatische Universität und installierte den Rektor. Sodann hielten zahlreiche anwesende Vertreter inländischer und ausländischer Hochschulen Begrüßungsreden; beim Festbankette erregte namentlich Gneist's lateinische Rede Beifall. Die Stadt war illuminiert, im Theater wurde eine Festvorstellung, der "Faust", gegeben, beim

